

Dresdner Volkszeitung

Verlagsanstalt: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Verlagsanstalt: Dresdner Volkszeitung
Raben & Comp., Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen irgendwelcher Art, ist es durch oder ohne Rücksicht auf die Art der Änderung, hat der Besteller der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückvergütung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Abonnementpreise: Dresden, monatlich 1,25 M., vierteljährlich 3,75 M., halbjährlich 7,25 M., jährlich 13,75 M. (Postzusatz 0,25 M.)

Schriftleitung: Dresdener Platz 10, Dresden
Geschäftsführer: Dresdener Platz 10, Dresden

Verlagspreis: 30 Pfennig
Anzeigenpreis: 10 Pfennig

Nr. 108

Dresden, Montag, den 11. Mai 1931

42. Jahrgang

Ingriffe auf die spanische Republik!

Monarchistenkrawalle

Republikaner schaffen Ordnung

H. Madrid, 11. Mai. (Fig. Funk.)
Am Sonntag mittag kam es in der Nähe der hiesigen Hauptpost zu schweren Zusammenstößen zwischen Monarchisten und Republikanern, die von monarchistischen Elementen provoziert wurden und bis in die späten Abendstunden zu immer neuen Ausgrabungen der Republikaner gegen die Monarchisten führten. Im Verlauf der Demonstration wurden mehrere Personen verletzt und mehrere Zeitungskioske rechtsstehender Blätter verbrannt.
Als am Sonntag gegen Mittag eine Gruppe von Monarchisten, die an einer Wahlversammlung teilgenommen hatte, sich auf dem Boulevard der Königin Victoria auf dem Rückweg nach Hause befand, wurden sie von einer Gruppe von Republikanern angegriffen. Die Monarchisten wurden in die Flucht getrieben und mehrere verletzt. Die Republikaner schafften Ordnung und brachten die Verletzten ins Krankenhaus.

daß eine große Menschenmenge nach dem Verlagshaus der monarchistischen Zeitung ABC unterwegs ist und die Absicht bekundet, das Gebäude, vor dem noch ungefähr 50 Gendarmen stehen, in Brand zu stecken.

Nach einer Meldung der Agentur Patra sind die Plünderungen von einzelnen Waffensläden durch Gruppen von Kommunisten erfolgt, die mit Waffen ausgerüstet waren. In der Folgezeit sei es zu einer Schießerei zwischen Kommunisten und Gendarmerie gekommen. Polizei und Gendarmerie hätten die strategisch wichtigen Punkte der Stadt besetzt.

Schließung der Zeitung ABC

M. Madrid, 11. Mai. Bei der in den Räumen der Zeitung ABC, von der Polizei vorgenommenen Hausdurchsuchung wurden einige Waffen gefunden. Daraufhin wurde die Schließung der Zeitung angeordnet und der Besitzer der Zeitung verhaftet. Als der Finanzminister vom Vorkommnis des Ministeriums des Innern an die auf der Puerta del Sol verammelte riesige Volksmenge eine Ansprache hielt, verurteilte ein Mann einen neben ihm stehenden durch einen Revolvererschuß schwer. Nachdem sich die hierdurch hervorgerufene Panik gelöst hatte, wurde der Täter von der Menge gefangen, bevor Polizei eingreifen konnte.

Anklage gegen frühere Minister

H. Madrid, 11. Mai. (Fig. Funk.)
Der Generalstaatsanwalt hat sämtliche ehemaligen Minister des Kabinetts Prieto de Rivera wegen Pflichtvergehenheit unter Anklage gestellt.
Dagegen ist der gegen den General Berenguer eingeleitete Prozeß inzwischen eingestellt und Berenguer aus der Haft entlassen worden. Der Einstellungsbescheid erfolgte, weil die persönliche Schuld des Generals an der Ermordung führender Republikaner bisher nicht nachgewiesen werden konnte.

Münderung von Waffensläden

M. London, 11. Mai. Heber die Lage in Madrid hat hier folgende Meldung von 12.30 Uhr nachts vor:
Am Laufe des Abends hat die Lage ein sehr ernstes Aussehen angenommen. Auf der Calle de Toledo sind drei Waffensläden geplündert worden, und die gestohlenen Schusswaffen werden gegen die Gendarmerie gebraucht. Es heißt,

Schule wird weltlich

H. Madrid, 10. Mai. (Fig. Draht.)
Der Unterrichtsminister Marcelino Domingo äußerte in einem längeren Interview über die Hauptaufgaben seines Ministeriums dahin, daß die Entscheidung über die wichtigsten Fragen dem künftigen Parlament vorbehalten werden soll. Nur in einem einzigen Punkte könne es keinen Rückhalt geben. Das sei die sofortige Eröffnungsmöglichkeit vieler Schulen. Allein in Madrid könnten rund 1000 Kinder keinen Unterricht erhalten, weil es an Schulen fehle. Wo aus Geldmangel keine neuen Schulen gebaut werden können, sollen wenigstens solche provisorischen Klassen entstehen. Das größte Hindernis für diese außerordentlich wichtige Arbeit sei der schlimme Zustand, in dem die Monarchie die Finanzen hinterlassen hat. Zugausgaben hätten kein Geld für das Notwendigste gelassen.
Die neue spanische Schule solle eine Grundschule nach schwedischer Muster werden. Die Kinder der bestehenden Klassen sollten zusammenleben. Aus der Grundschule werde jedem Kind der Aufstieg zur Mittelschule offen sein. Auch die höhere Schule könne nur den kostenlosten Unterricht. Darüber hinaus beabsichtige die provisorische Regierung die Lehrmittel unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Nach Beendigung des Gymnasialunterrichts solle dem unbemittelten, aber begabten Schüler der Besuch der Universität durch freien Lebensunterhalt ermöglicht werden.
Ein Angelpunkt des ganzen Schulproblems sei die Beseitigung des Lehrpersonals. Auf diesem Gebiet sei während der letzten 20 Jahre schon sehr viel geschehen. Aber noch immer noch lauge nicht genug. Die moderne Schule erfordere moderne Lehrer. Infolgedessen müsse auch die Lehrerbildung von Grund auf umorganisiert werden.

Säuberung der Wahllisten

H. Madrid, 11. Mai. (Fig. Funk.)
Am Sonnabend und Sonntag wurde in Spanien die Korrektur der bisher geltenden Wahllisten durchgeführt. In Madrid erfolgten allein am Sonnabend nicht weniger als 5000 Korrekturen.
Die Nationalversammlung dürfe nach amtlichen Bestimmungen insgesamt 467 Abgeordnete zählen.

Wahlen in Oldenburg

Eine politische Probe

Aus Oldenburg wird uns geschrieben:
Ein Zufall will es, daß der zwischen Hannover und der Nordsee gelegene, nur auf eine halbe Million Einwohner zählende Freistaat Oldenburg zu einem politischen Beobachtungsherd internationalen Charakters geworden ist. In diesem sechsundzwanzig Quadratkilometer großen Ländchen finden am 17. Mai Neuwahlen zum Landtag statt. Ein Vorgang, der in ruhigeren Zeiten keineswegs das Ehr der deutschen Öffentlichkeit in besonders hohem Grade hätte, der aber diesmal die Aufmerksamkeit aller deutschen Politiker finden wird.
Grund: Seit Wochen und Monaten kreisen es unsere Nazis in allen Tonarten in alle Winde, daß nicht Thüringen und Brandenburg die einzigen deutschen Länder werden soll, von wo aus das übrige Deutschland befreit werden soll. Die bislang erfolgreichsten politischen Redner des wirtschaftlichen Niederganges glauben, daß die trostlose Gegenwart noch immer nur sie arbeitet. Darüber hinaus spekulieren sie auf den überwiegend agrarischen Charakter des Landes; aus den bauerlichen Schichten erhoffen sie in erster Linie ihren Erfolg.

Nun hat es mit der Verwirklichung dieser Wünsche fraglos noch gute Weile. So alarmierend auch der Ausgang der letzten Reichstagswahlen und der im November stattgefundenen Gemeindevahlen wirkte; mit einer nationalsozialistischen Mehrheit ist auch im neuen Oldenburgischen Landtag nicht zu rechnen. Dagegen besteht eine gewisse Gefahr insofern, als zu den Nazis Vertreter der übrigen extremen Rechtsparteien stoßen können und die Kommunisten den Dingen eventuell mit verdrängten Armen zusehen. Dieser Eventualitäten sind sich alle Parteien bewußt. Und alle sind daher auch mit ziemlicher Kraft in den Wahlkampf eingetreten. Man weiß, daß es um ein großes Kräftemessen von weithinhalender Bedeutung, daß es um das Erkennen des allgemeinen politischen Stimmungsbarmeters geht. Aus diesem Grunde verfolgen die einzelnen Parteien auch mehr als sonst üblich in dem kleinen Lande mit großer „Annonen“ zu arbeiten. Die gegenwärtige reichstagsfreie Zeit ermöglicht das. Und so wenig die anwesenden Prominenten dem oldenburgischen Wähler schließlich auch über die politischen Tirade seines Landes zu sagen vermögen; als lockende Versammlungspunkte sind sie von hohem Wert.

Charakteristisch für die politische Gemütslosigkeit, wie diese sich auch in Oldenburg kundtut, sind einige Vorgänge der letzten Zeit. So haben die Nazis ganz offiziell

Die „legalen“ Waffen

Papst Hitler schwört Eid um Eid, daß seine „rauen Kämpfer“ nur „legal“ kämpfen und nur „geistige Waffen“ in ihren Händen tragen. Wie es in der Praxis mit diesen Behauptungen steht, wird jeden Tag durch die Meldungen von Gewalttätigkeiten der Nazis illustriert. Das heutige Beispiel. Der Nazi Führer Otto Straßer, der von Hitler aus der Partei geworfen und einen eigenen Laden als „Partei der deutschen Revolution“ aufgemacht hat, wird in allen Versammlungen von den „echten“ Nazis beschimpft, beschuldigt, bedroht, geschlagen und gehauen. In Hannover waren aber die Straßerianer in der Mehrzahl und warfen die Hitlerianer hinaus. Dabei nahmen sie eine Durchsichtung nach Waffen vor. Straßer verteidigt darüber in seiner Zeitung Deutsche Revolution:

„Die SA. und SS. entledigte sich nunmehr ihrer „geistigen Waffen“, da jeder Versammlungsteilnehmer an den Ausgängen durchsucht wurde. Ein scharfschneidender Krönung, 1 Eisstiel, 2 große Messer, 2 Treuengeschossen, 3 Stinkbomben, 1 schwarzer Anotenstock, 1 Gummihüpfel, 1 großer, spitzer Stahlhorn, ein Dolch umgehängt, sowie eine Anzahl der unmöglichsten Zeichen und Gleichnisse bedeckten den Erdboden und wurden von der politischen Polizei beschlagnahmt. Zwei SA-Leute wurden wegen verbotenen Waffentragens verhaftet.“

Und in Eibersfeld machten es die „Hitler-Jorden“, wie Herr Straßer seine bisherigen Brüder nennt, so:

„Nachdem unsere Ag. (Kampfgewossen) das Lokal verlassen hatten, kurzum ich draußen fünfzehn mit Pistolen und Taschenknägeln bewaffnete Banditen auf unsere vier Kampfgewossen. Dem Ag. gelang es, dem ersten den Revolver aus der Hand zu schlagen. Ein anderes Mitglied der NSDAP, ging auf unsere Ag. mit einem Dolche los.“

Das sind die geistigen Waffen, die Legalitätswaffen, die die Hitlerianer sogar gegen ihre ehemaligen Brüder anwenden. Die Gewalttaten in die Politik eingeführt zu haben ist der einzige Ruhm, den die Hitler-Jorden mit Recht in Anspruch nehmen können. Die Liste der Morde, der Überfälle, die Gewalttaten gegen Sozialdemokraten, gegen Reichs-

bannerleute, gegen Kommunisten und gegen die eigenen Abtrünnigen ist schier endlos. Jeden Tag schwilt sie an.

Das nächste Beispiel

SPD. Innsbruck, 11. Mai. (Gegner Funk.) In Innsbruck kam es am Sonntag im Verlauf eines wechsellagernden Parteitag der Nationalsozialisten wiederholt zu Zusammenstößen mit der Polizei. An der Veranstaltung nahmen auch etwa 800 reichsdeutsche Nationalsozialisten teil, die sich besonders rüpelhaft hervorhoben. Einer, ein Andreas von Hiesow aus Stuer in Westfalen, schlug im Verlauf einer Auseinandersetzung einen höheren Polizeibeamten auf Boden. Er wurde mit anderen deutschen Nationalsozialisten verhaftet.

Der Schaufenstersturm

D. Die Ermittlungen der Berliner politischen Polizei zur Aufklärung der schweren Krawalle am Tage der Reichstagsöffnung haben jetzt zu der Feststellung geführt, daß die Tumulte, bei denen eine große Zahl Schaufenstersehenden „jüdischer“ Geschäfts- und Warenhäuser durch Steinwürfe zertrümmert wurden, von den Nationalsozialisten vorbereitet und planmäßig durchgeführt worden sind. Die nationalsozialistischen Sturmabteilungen haben sich seinerzeit zum Teil in geschlossenen Formationen in die Nähe des Reichstagsgebäudes begeben. Soweit die Abteilungen sich dazu eines Verkehrsmittels bedienten, wurde das Fahrzeug aus der Parteilasse ersetzt. Die Räder zur Vorbereitung der Krawalle reichen sogar bis nach Brandenburg (Nabel). Von dort war z. B. auf Anordnung von Berlin ein Sturm als Verstärkung angefordert worden.

Es ist durch Festnahmen, Verhöre und Zeugenvernehmungen festgestellt worden, daß die Fensterstürme seinerzeit unter einheitlicher Leitung stattfanden.